



Martin Burkert

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender des Ausschusses für
Verkehr und digitale Infrastruktur

Gabriela Heinrich

Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Berlin, 28.06.2016

Martin Burkert, MdB
Gabriela Heinrich, MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227 - 73363
Fax: 030 227 - 76162

martin.burkert@bundestag.de
gabriela.heinrich@bundestag.de

Wahlkreis:

Karl-Bröger-Straße 9
90459 Nürnberg

Telefon: 0911 - 43 89 630
Fax: 0911 - 43 56 94

martin.burkert@wk.bundestag.de
gabriela.heinrich.mdb@bundestag.de

Teilhabegesetz mit deutlichen Verbesserungen im Kabinett

Das Bundeskabinett hat am heutigen Dienstag den Entwurf des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) verabschiedet. Das Gesetz soll Menschen mit Behinderungen mehr Gleichberechtigung und Teilhabe ermöglichen. Im Vergleich zum Referentenentwurf enthält die heute verabschiedete Fassung weitere Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen.

Die Nürnberger SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Burkert und Gabriela Heinrich erklären hierzu: „Das

Bundesteilhabegesetz ist eine der großen sozialpolitischen Reformen in dieser Legislaturperiode. Unser Ziel ist es, mehr Teilhabe und mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen zu schaffen. Erfreulich ist, dass der Kabinettsentwurf von heute gegenüber dem Referentenentwurf aus dem April noch einmal zahlreiche Verbesserungen enthält.

Diese betreffen vor allem die Regelungen zum Eigenbeitrag, der bei Leistungen der Eingliederungshilfe gezahlt werden muss. Ab dem Jahr 2020 sind nun sowohl das Einkommen als auch das Vermögen eines Partners oder einer Partnerin vollständig von der Anrechnung befreit. Für erwerbstätige Personen, die gleichzeitig Leistungen der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege beziehen, werden künftig außerdem grundsätzlich nur die neuen Anrechnungsregelungen der Eingliederungshilfe gelten. Damit können sie ab dem Jahr 2017 bis zu 27.600 Euro und ab 2020 etwa 50.000 Euro anrechnungsfrei ansparen, während es heute nur 2.600 Euro sind.

Nichtsdestotrotz sehen wir aber auch noch weiteren Ergänzungsbedarf. Im parlamentarischen Verfahren wird sich die SPD-Bundestagsfraktion für weitere Verbesserungen im Sinne der Betroffenen einsetzen.“